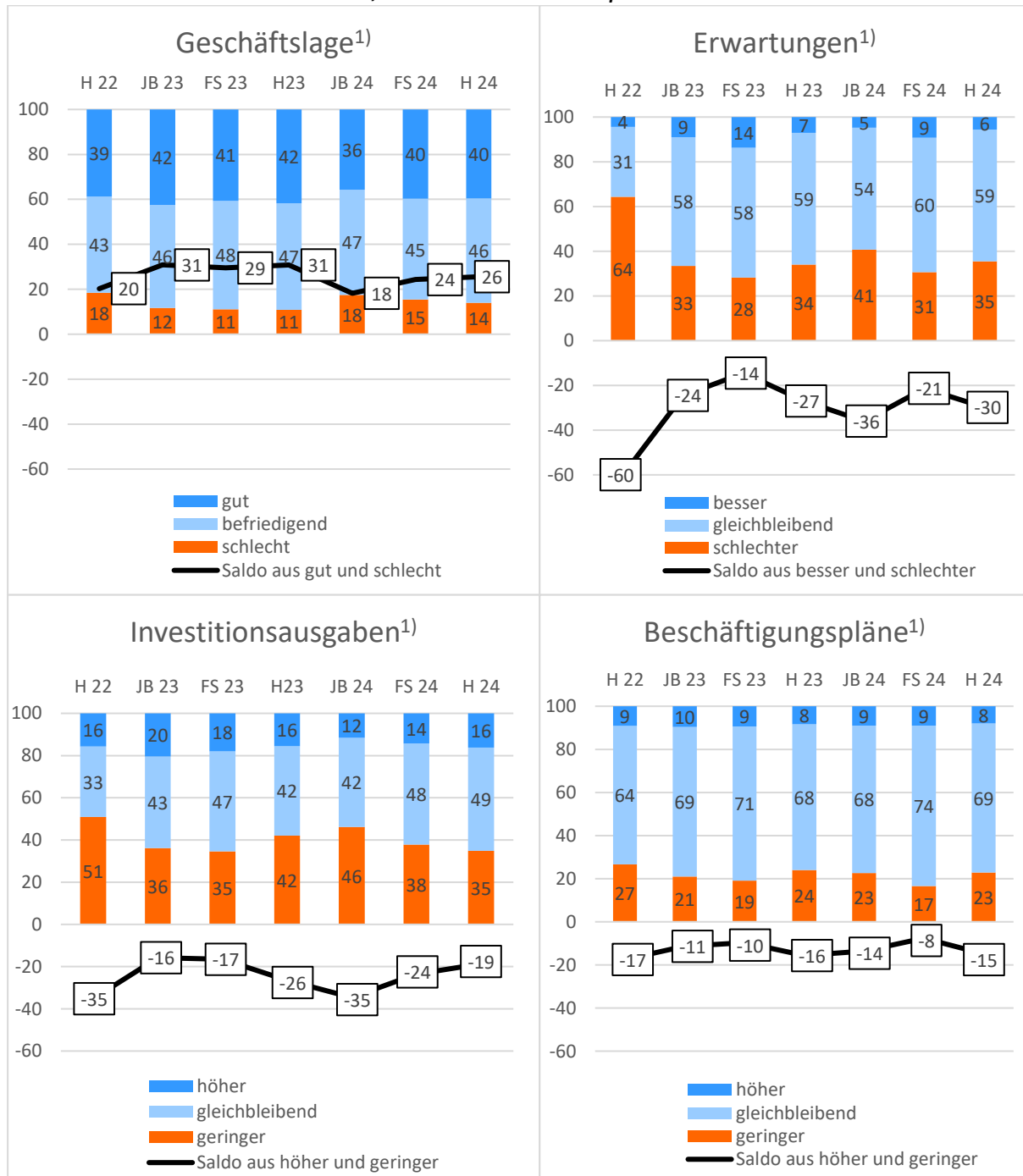


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Herbst 2024

Urteil der Unternehmen in %, Salden in Prozentpunkten



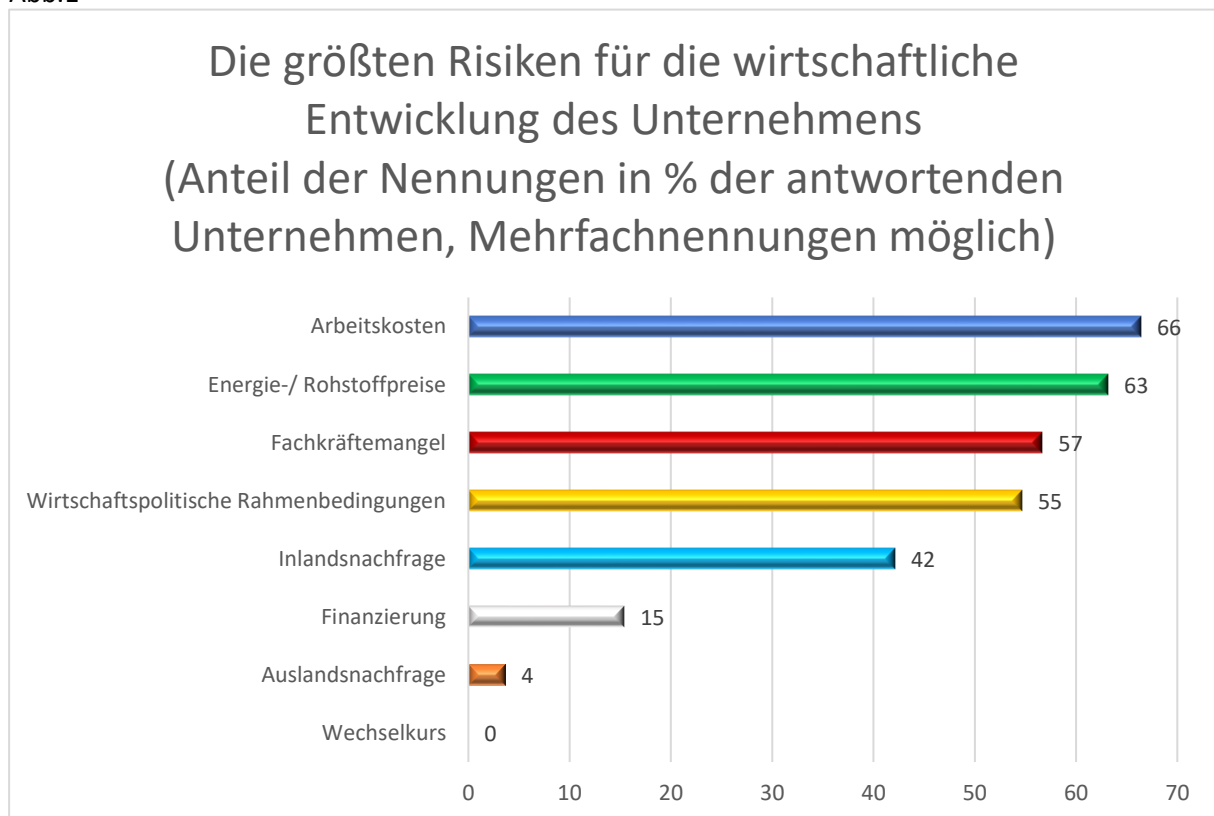
¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Wirtschaft bleibt ohne Schwung

Für die aktuelle Konjunkturumfrage (H 24) wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 9. September 2024 bis 4. Oktober 2024 befragt.¹ **Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich im Vergleich zur Umfrage vom Frühsommer 2024 (FS 24) kaum verändert.** Die Zeitreihe zur Geschäftslage macht allerdings deutlich, dass das Jahr 2024 insgesamt etwas schlechter gelaufen ist als das Jahr 2023. Diese Einschätzung der Geschäftslage wird maßgeblich von der Auftragslage geprägt sein, bei der sich ein ganz ähnliches Bild zeigt. Die etwas günstigere Beurteilung der Finanzlage reflektiert, dass sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen durch die Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank im Laufe des Jahres verbessert haben. Sie beklagen weniger häufig eine hohe Fremdkapitalbelastung und Liquiditätseingpässe. Dennoch sprechen nur 54 % der Unternehmen von einer unproblematischen Finanzlage. Insbesondere Eigenkapitalrückgang wird als Problem genannt. Auch die Gewinnlage hat sich laut der aktuellen Umfrage etwas erholt. Diese Verbesserung beinhaltet allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Branchen.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich gegenüber der Umfrage vom Frühsommer 2024 eingetrübt. Weniger Unternehmen erwarten eine Verbesserung ihrer Geschäftslage (H 24: 6 %, FS 24: 9 %) und mehr Unternehmen eine Verschlechterung (H 24: 35 %, FS 24: 31 %). **Der Erwartungssaldo hat sich daher von -21 Prozentpunkten auf -30 Prozentpunkte verschlechtert.** Angesichts eines starken Fachkräftemangels und steigender Sozialversicherungsbeiträge ist der Druck auf die Löhne/Arbeitskosten hoch, so dass zwei von drei Unternehmen die Arbeitskosten als Geschäftsrisiko ansehen (Abb. 1). Wenn auch die Energie- und Rohstoffkosten nicht mehr an der Spitze unter den Geschäftsrisiken stehen, so sehen doch immer noch 63 % der Unternehmen hierin ein Risiko für ihre Geschäfte.

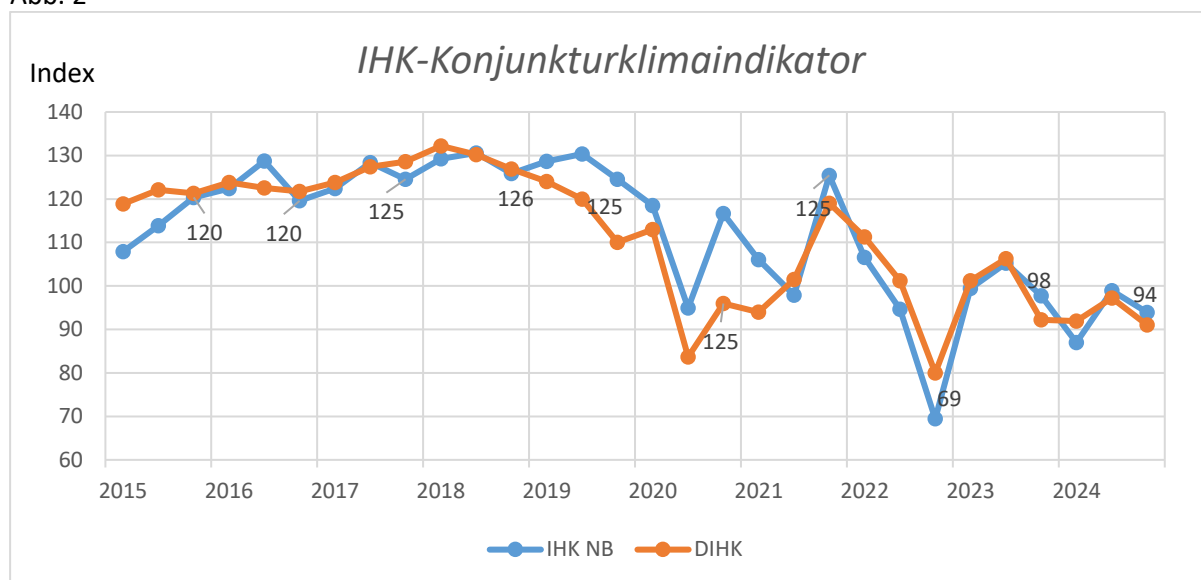
Abb.1



¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 826 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 250. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

Da die Geschäftslage kaum anders bewertet wird als im Frühsommer 2024, sind es die pessimistischeren Erwartungen für die kommenden 12 Monate, die den Rückgang **des Konjunkturklimateindexes von 99 auf 94 Indexpunkte verursachen** (Abb. 2). Er liegt damit weiterhin erheblich unter dem zehnjährigen Mittel von 112 Indexpunkten.

Abb. 2

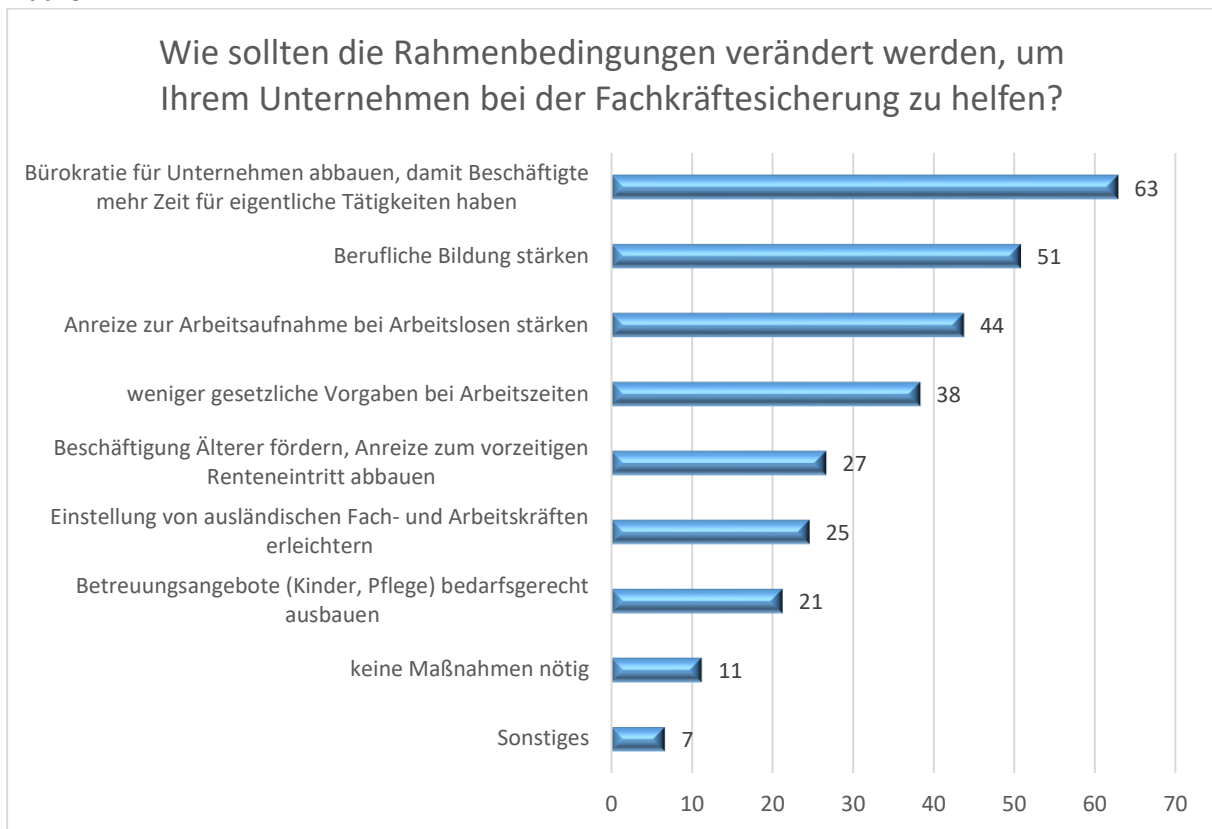


Die Investitionsbereitschaft ist leicht gestiegen. Der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen „höher“ und „geringer“ Meldungen) hat sich von -24 Prozentpunkten im Frühsommer 2024 auf nun -19 Prozentpunkte verbessert. Die Geschäftsbanken geben die Senkung der Zentralbankzinsen an ihre Kunden weiter, so dass deren Investitionskosten zurückgehen. Dies wird auch an den Investitionshöhen deutlich. Weniger Unternehmen als noch im Frühsommer 2024 planen in den kommenden 12 Monaten keine Investitionsausgaben und mehr Unternehmen sehen Investitionen bis 10.000 € oder bis 100.000 € vor. Gut vier von fünf Unternehmen planen Ersatzinvestitionen. Bei jeweils knapp einem Fünftel der Unternehmen spielen Rationalisierung, Kapazitätsausweitung, Umweltschutz oder Produktinnovationen eine Rolle. Der aktuelle geringfügige Anstieg der Investitionsbereitschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Investitionssaldo nun schon vier Jahre lang mit Ausnahme einer einzigen Umfrage stark negativ ist, im Mittel bei -17 Prozentpunkten. Seit vier Jahren überwiegen somit deutlich die Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben einschränken diejenigen, die sie erhöhen. Außerdem lag der Fokus selten so sehr auf Ersatzinvestitionen wie bei der aktuellen Umfrage.

Die Bereitschaft der Unternehmen zum Aufbau von Beschäftigung ist gering. Nur 8 % der Unternehmen erwarten, dass in den kommenden 12 Monaten ihre Beschäftigung steigt, 23 % gehen von rückläufigen Beschäftigtenzahlen aus. Hier spielt die schlechte konjunkturelle Situation genauso eine Rolle, wie die hohen Arbeitskosten und der Arbeits- und Fachkräftemangel. Auch aus saisonalen Gründen ist zurzeit die Einstellungsbereitschaft geringer als bei der Vorumfrage. Fast die Hälfte der Unternehmen gibt an aktuell keinen Personalbedarf zu haben. Gleichzeitig können 40 % der Unternehmen ihre offenen Stellen nicht besetzen. 56 % der Unternehmen geben an, dass sie für die offene Stelle nach einer Fachkraft mit dualer Berufsausbildung gesucht haben. 46 % hätten gern eine Arbeitskraft ohne abgeschlossene Berufsausbildung eingestellt. Auf die Frage, wie ihnen die Fachkräftesicherung erleichtert werden könnte, wünschen sich 63 % der Unternehmen, dass ihre bürokratischen Pflichten abgebaut werden, damit sich ihre Beschäftigten wieder ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden können (Abb. 3). Etwa die Hälfte der Unternehmen spricht sich für eine Stärkung der Beruflichen Bildung aus. 44 % der Unternehmen denken, dass man Arbeitslosen

stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen sollte. Der Vorschlag, die gesetzlichen Vorgaben bei Arbeitszeiten zu reduzieren, findet von 38 % der Unternehmen Zustimmung.

Abb. 3



Die Entwicklung in den Branchen

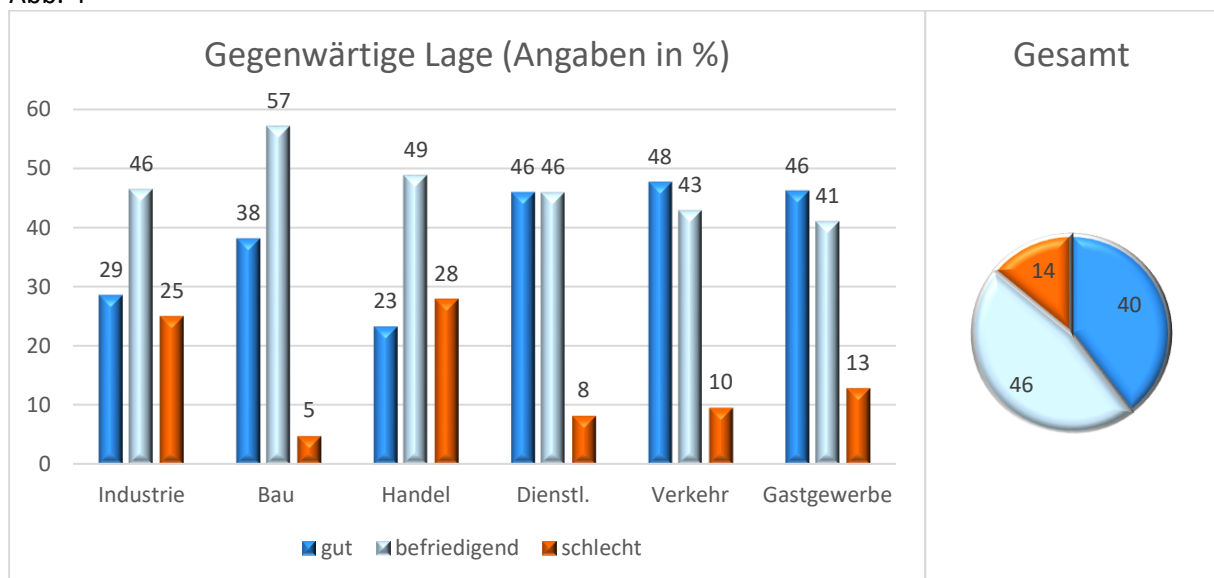
Die Geschäftslage in der Industrie hat sich seit der Umfrage im Frühsommer 2024 deutlich verschlechtert. Nur noch 29 % (FS 24: 37 %) der Unternehmen schätzen ihre Geschäftslage als „gut“ ein und 25 % (FS 24: 15 %) bezeichnen sie als „schlecht“ (Abb. 4). Dafür ist vor allem die erheblich schwächere Auftragslage verantwortlich. Der Auftragslagesaldo ist von 27 Prozentpunkten im Frühsommer 2024 auf nunmehr 4 Prozentpunkte gefallen. Die Industrie erwartet aus dieser Richtung in den kommenden 12 Monaten keine Besserung. 61 % der Unternehmen sehen in der Inlandsnachfrage und 14 % in der Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko. Bei der Beurteilung der Gewinnlage überwiegen die „schlecht“- die „gut“-Meldungen. Die oft energieintensiven Industrieunternehmen leiden noch immer stark unter den hohen Energiepreisen, so dass 71 % von ihnen in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko sehen. Die Erwartungen in der Industrie haben sich nicht wesentlich geändert. Der Erwartungssaldo beträgt -18 Prozentpunkte (FS 24: -22 Prozentpunkte) (Abb. 5). Der anhaltende Pessimismus schreckt die Unternehmen von Investitionen ab. Die aktuelle Umfrage ist schon die 4. Umfrage in Folge, bei der der Investitionssaldo bei etwa -30 Prozentpunkten liegt. Da die durchschnittlichen Investitionssummen der Industrieunternehmen über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft liegen – dies ist auch bei der aktuellen Umfrage deutlich zu sehen –, ist eine anhaltend schlechte Stimmung in der Industrie besonders gravierend für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region (Abb. 6 und 7). Neben Ersatzbeschaffung spielen für rund ein Drittel der Unternehmen Rationalisierung und Produktinnovationen als Investitionsmotive eine Rolle. Kapazitätsausweitungen werden aktuell nur vereinzelt ins Auge gefasst.

Die Beschäftigungsplanungen zeigen die große Verunsicherung in der Industrie. Nur 11 % der Unternehmen erwarten eine Ausweitung ihrer Beschäftigung, 25 % dagegen eine Verkleinerung ihrer Belegschaft (Abb. 8). 54 % der Unternehmen haben aktuell keinen Personalbedarf.

Bei der aktuellen Umfrage hat die Hälfte der Industrieunternehmen angegeben, dass sie nicht ins Ausland liefert. Unter den exportierenden Industrieunternehmen gehen mehr von sinkenden als von steigenden Exporten aus.

In der *Bauwirtschaft* ist der Anteil an Unternehmen, die von einer „befriedigenden“ Wirtschaftslage sprechen, gegenüber dem Jahresbeginn 2024 von 48 % auf 57 % gestiegen, die „Gut“ und die „Schlecht“-Meldungen sind beide zurückgegangen. Der Saldo – nun bei 33 Prozentpunkten – hat sich daher nur unwesentlich zur Vorumfrage verändert. Die Entwicklung bei der Beurteilung der Auftragslage ist ganz ähnlich. Da die Auftragsbestände der Bauunternehmen gering sind, spiegelt sich die Auftragslage unmittelbar in der Beurteilung der Geschäftslage. Die Gewinnlage schätzen die Unternehmen etwas günstiger ein als bei der Vorumfrage, so dass der Gewinnlagesaldo nun ausgeglichen ist (FS 24: -4 Prozentpunkte). Folgerichtig ergibt sich aus der Umfrage auch eine günstigere Beurteilung der Finanzlage mit selteneren Klagen über Liquiditätsengpässe oder eine hohe Fremdkapitalbelastung.

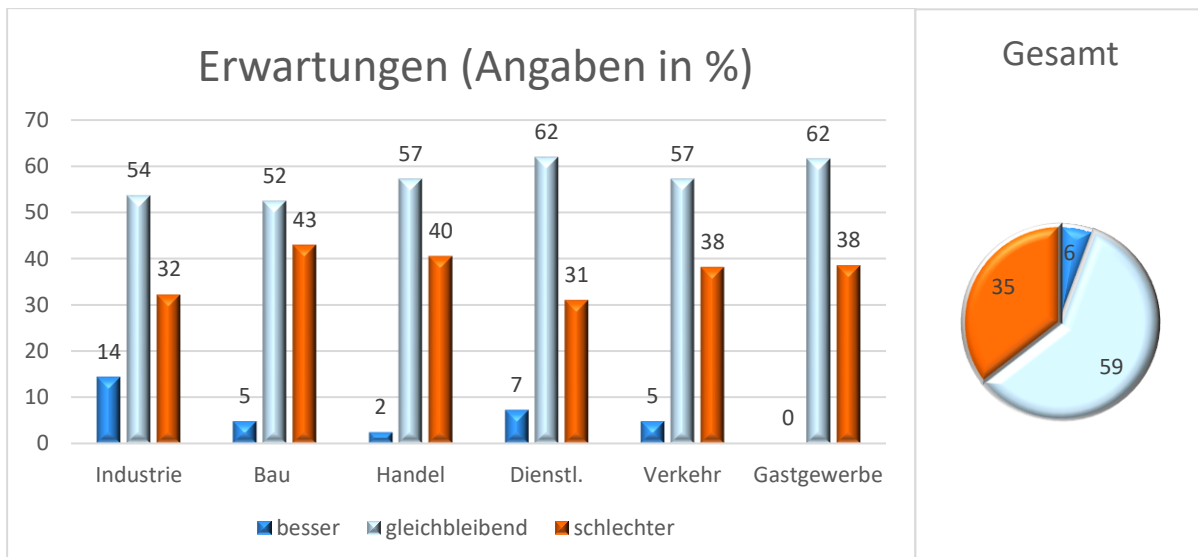
Abb. 4



Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die abgefragten Geschäftsrisiken erhalten von der Bauwirtschaft eine gegenüber den Vorumfragen sehr veränderte Gewichtung. Der Fachkräftemangel lag über viele Umfragen an der Spitze der Geschäftsrisiken, wurde in der Energiekrise von den „Energie- und Rohstoffpreisen“ und nun von den „Arbeitskosten“ abgelöst: 4 von 5 Unternehmen geben aktuell an, dass die Arbeitskosten ein Risiko für ihre Geschäfte sind. Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel groß, so dass nicht zu erwarten ist, dass der Druck auf die Löhne nachlassen wird. 2 von 3 Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen nicht besetzen können.

Angesichts der etwas besseren Gewinn- und Finanzlage ist die Investitionsbereitschaft der Bauunternehmen leicht gestiegen. Weniger Unternehmen geben an, für die kommenden 12 Monate keine Investitionspläne zu haben. Neben Ersatzbeschaffung werden Investitionen getätigt, um Produktinnovationen umzusetzen. Auch Rationalisierung ist angesichts des Arbeitskräftemangels und der Arbeitskosten ein wichtiges Investitionsmotiv.

Abb. 5



Im Handel wird die Geschäftslage weiterhin überwiegend negativ eingeschätzt, 23 % der Unternehmen sprechen von einer „guten“, 28 % dagegen von einer „schlechten“ Wirtschaftslage. Der Gewinnlagesaldo liegt mit -19 Prozentpunkten ebenfalls deutlich im negativen Bereich und außerdem weit unter dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft insgesamt. Die stationären Einzelhändler klagten über Preiskämpfe untereinander, im Wettbewerb mit dem Online-Handel und Verkaufsplattformen wie Temu und Shein. In dieser schwierigen Zeit kommen für viele Händler die Forderungen nach Rückzahlung der Corona-Beihilfen zur Unzeit. Es besteht zwar die Möglichkeit zur Rückzahlung in Raten oder auch zur Stundung, allerdings sind für die Unternehmen in der aktuellen Situation die darauf zu entrichtenden Zinsen eine nicht unerhebliche Belastung.

Die Konsumstimmung in Deutschland hat sich aufgrund der gestiegenen Realeinkommen zwar etwas verbessert, aber Unsicherheit über neue Belastungen und die ungünstigen Erwartungen bzgl. der konjunkturellen Entwicklung veranlassen die privaten Haushalte zu vermehrtem Sparen. Dennoch schätzen die Handelsunternehmen nicht die Inlandsnachfrage als das größte Geschäftsrisiko ein. 77 % von ihnen benennen die Arbeitskosten, 63 % die Energie- und Rohstoffkosten und 60 % den Arbeitskräftemangel als Geschäftsrisiko. Erst an vierter Stelle zusammen mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen steht die Inlandsnachfrage mit 53 %. Angesichts dieser Vielzahl von den Unternehmen empfundenen Risiken überrascht es nicht, dass der Handel weiterhin düster in die Zukunft blickt. Kaum ein Unternehmen erwartet eine Verbesserung seiner Geschäftslage in den kommenden 12 Monaten.

Die günstigeren Refinanzierungsbedingungen haben die Investitionsbereitschaft wahrscheinlich etwas angeregt. Der Investitionssaldo ist von -41 auf -33 Prozentpunkte zurückgegangen und 35 % der Unternehmen (FS 24: 26 %) planen Investitionen bis 10.000 €. Hier werden die Unternehmen u.a. Investitionen vorsehen, die ihnen ermöglichen, ab 1. Januar 2025 der Pflicht zur elektronischen Rechnung und zur Anmeldung der elektronischen Kassen beim Finanzamt nachzukommen. Der Anteil an Unternehmen, die nicht zu investieren planen, hat sich kaum verringert, aber weniger Unternehmen planen mit Investitionssummen über 10.000 €. Es werden für die kommenden 12 Monate fast ausschließlich Ersatzinvestitionen geplant.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage und den schlechten Aussichten geht kaum ein Unternehmen von einer steigenden Mitarbeiterzahl aus. Zwei Drittel erwarten, dass ihre Belegschaft konstant bleibt.

Abb. 6

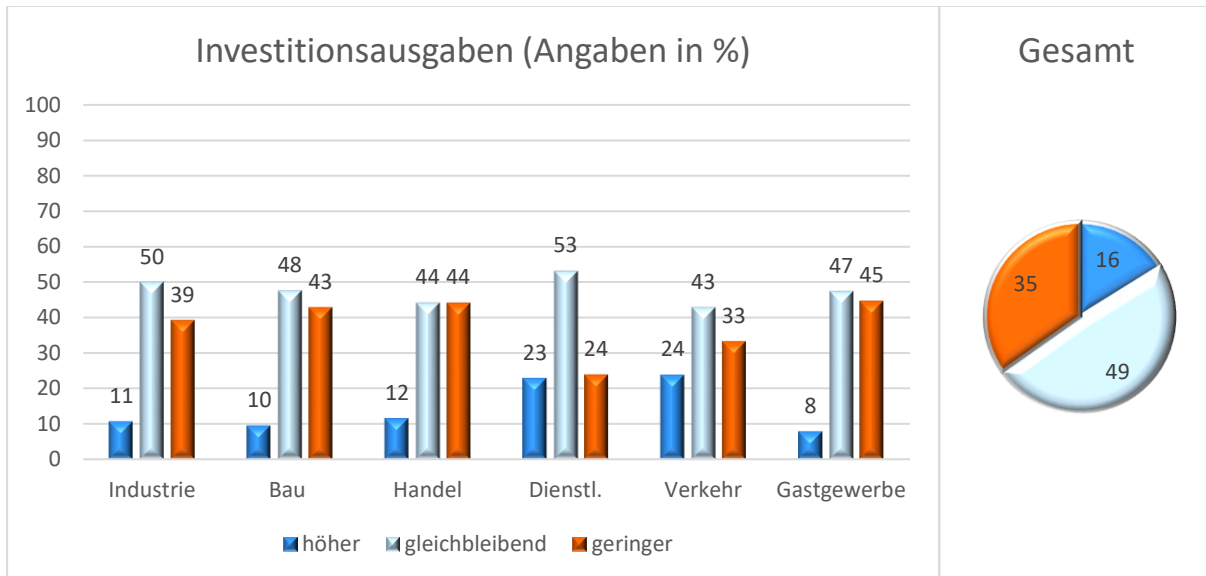
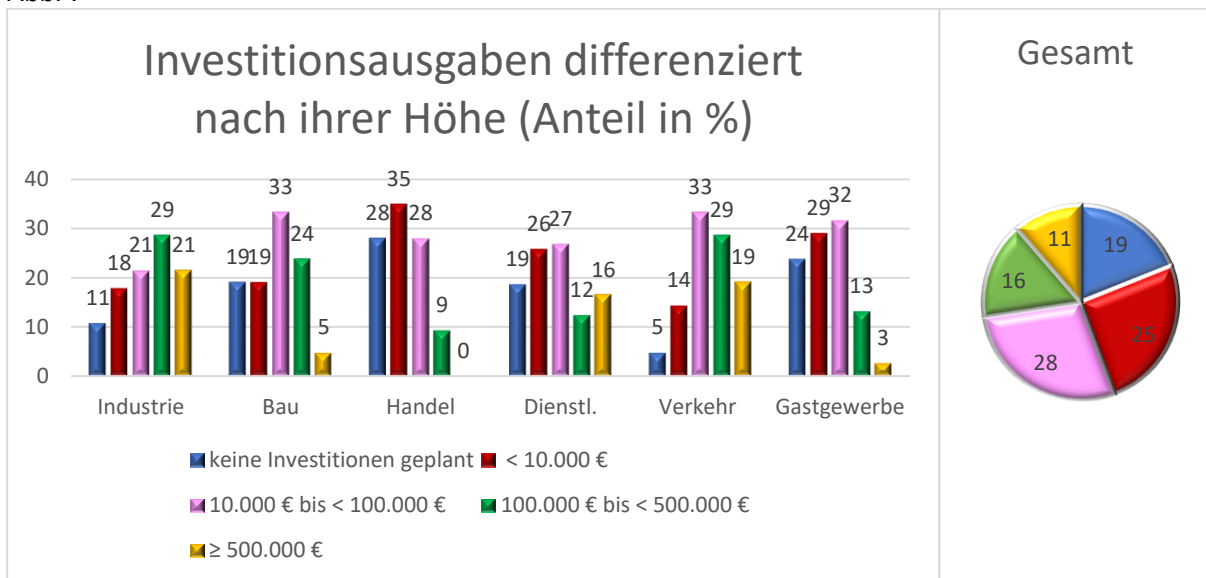


Abb. 7



Die Lage in den Dienstleistungsunternehmen ist nahezu unverändert zur Vorumfrage und im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft überdurchschnittlich gut. Nur wenige Unternehmen beurteilen ihre Geschäfts- oder ihre Auftragslage als „schlecht“. Die Gewinnlage wird weitaus günstiger eingeschätzt als in allen anderen hier betrachteten Branchen. Die Beurteilung ihrer Finanzlage fällt dagegen durchschnittlich aus. 57 % der Unternehmen sehen ihre Finanzlage unproblematisch. Der hohe Anteil von Dienstleistungsunternehmen an der gewerblichen Wirtschaft in der IHK-Region bedeutet, dass ihre relativ günstige Lagebeurteilung den Durchschnitt nach oben zieht. Das Dienstleistungsgewerbe trägt somit aktuell zur Stabilität der Wirtschaftslage in der Region bei.

Trotz der noch recht positiven Lage hat sich auch bei den Dienstleistungsunternehmen die Stimmung eingetrübt. Weniger erwarten, dass es in den kommenden Monaten bergauf, mehr dass es bergab geht mit ihren Geschäften. Der Erwartungssaldo liegt nun bei -24 Prozentpunkten (FS 24: -10 Prozentpunkte). Erstaunlich ist, dass die ungünstigeren Erwartungen kaum aus gestiegenen Geschäftsrisiken zu resultieren scheinen. Am ehesten sind noch die Arbeitskosten zu nennen, die aktuell am häufigsten als Geschäftsrisiko genannt werden, mit 56 % aber dennoch im Vergleich zur

gewerblichen Wirtschaft insgesamt unterdurchschnittlich oft. Die Inlandsnachfrage nennt nur jedes dritte Unternehmen als Geschäftsrisiko.

Die gute Entwicklung der Gewinnlage und die gefallen Zinsen stärken die Investitionsbereitschaft im Dienstleistungsgewerbe. Der Investitionssaldo ist fast ausgeglichen (FS 24: -13 Prozentpunkte). Die Investitionshöhen haben sich gegenüber der Vorumfrage kaum geändert und bewegen sich auf ähnlichem Niveau wie im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft.

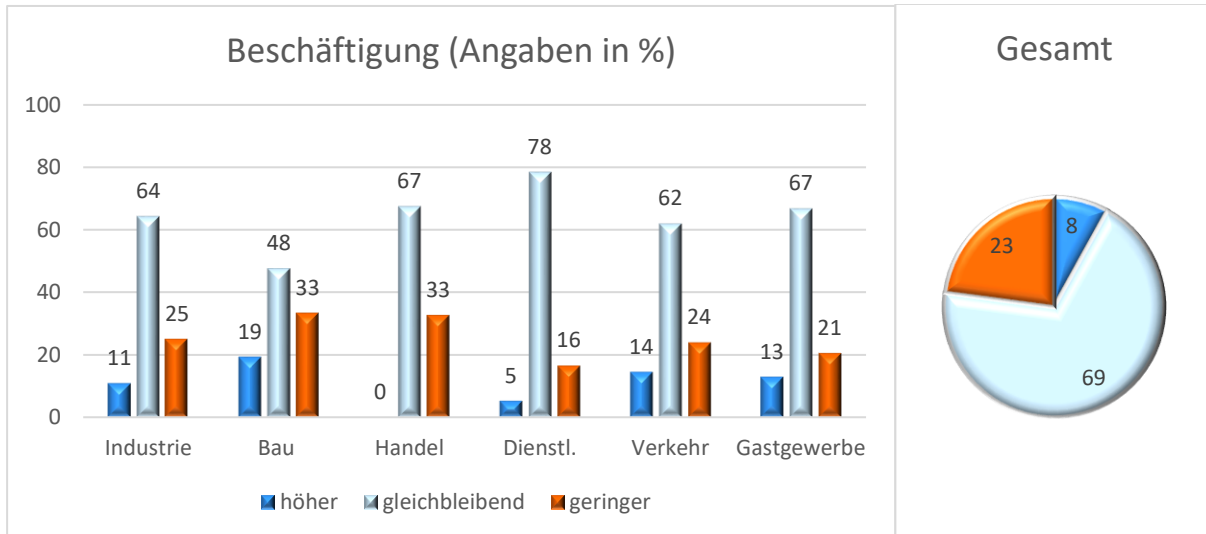
Auch im Dienstleistungsgewerbe ist die Einstellungsbereitschaft gesunken. Der Beschäftigungssaldo beträgt nun -11 Prozentpunkte (FS 24: -3 Prozentpunkte).

Im Verkehrsgewerbe hat sich die Geschäftslage im Vergleich zum Frühsommer 2024 kaum verändert. Jeweils 48 % der Unternehmen bezeichnen ihre Lage als „gut“ und 43 % als „befriedigend“. Ähnlich sieht es bei der Auftragslage aus. 43 % beurteilen sie als „gut“ und 52 % als „befriedigend“. Den Gütertransportunternehmen gelingt es offenbar gut, die geringeren Frachtmengen der Industrie durch andere Aufträge auszugleichen. Die Gewinnlage in der Branche ist immer noch überwiegend negativ. Die Verkehrsbetriebe können die Kostensteigerungen durch die Erhöhung der Maut und die gestiegene CO₂-Bepreisung nur teilweise an ihre Kunden weiterreichen. Die schwierige Gewinnsituation führt dazu, dass nur 43 % der Unternehmen von einer unproblematischen Finanzlage sprechen. Knapp 30 % leiden unter Eigenkapitalrückgang. Da die Anschaffung neuer Fahrzeuge hohe Investitionssummen erfordert, klagen die Verkehrsunternehmen stärker als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft über hohe Fremdkapitalbelastung und erschwerten Fremdkapitalzugang.

Die Erwartungen sind düster. Der Erwartungssaldo liegt bei -33 Prozentpunkten. Aufgrund des starken Fahrer mangels steigt der Druck auf die Arbeitskosten weiter an. Inzwischen sehen vier von fünf Unternehmen in den Arbeitskosten ein Risiko für die Geschäftsentwicklung. Die Energiekosten werden von 62 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko angesehen, die wirtschaftspolitischen Rahmen bezeichnen 57 % als Geschäftsrisiko. Nach einer regen Investitionstätigkeit zur Zeit der Konjunkturumfrage Frühsommer 2024, überwiegen nun die Unternehmen mit rückläufigen Investitionsbudgets. Fast alle tätigen zumindest Ersatzinvestitionen. Daneben spielen für jedes vierte Unternehmen Rationalisierung und Umweltschutz als Investitionsmotiv eine Rolle. Angesichts der absehbaren weiteren Verteuerung des CO₂-Ausstoßes sind Investitionen, die den CO₂-Ausstoß verringern, unerlässlich.

Die Verkehrsunternehmen können zu 45 % ihre offenen Stellen längerfristig nicht besetzen. Die Hälfte davon findet keine passenden Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung, bei drei von vier Unternehmen bleiben auch Stellen unbesetzt, die mit Arbeitskräften ohne abgeschlossene Berufsausbildung besetzt werden können. Nur jedes vierte gibt an, dass es aktuell keinen Personalbedarf hat. Der Arbeits- und Fachkräftemangel führt somit dazu, dass es den Unternehmen nicht gelingt, die von ihnen angestrebte Belegschaftsgröße zu erreichen.

Abb. 8



Seine wirtschaftliche Lage beurteilt das Gastgewerbe ähnlich wie bei der Vorjahresumfrage. 13 % der Unternehmen sprechen von einer schlechten Wirtschaftslage. Mit dem Vorbuchungsstand sind die Unternehmen etwas zufriedener als bei der Vorjahresumfrage. Der Gewinnlagesaldo (+5 Prozentpunkte) liegt über dem Niveau der Vorjahresumfrage.

Die Erwartungen sind im Gastgewerbe überwiegend pessimistisch. Der Erwartungssaldo liegt mit -38 Prozentpunkten unter dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft und ist nur geringfügig besser als bei der Vorjahresumfrage. Die Lebensmittel- und Energiepreise sind für neun von zehn Unternehmen, die Arbeitskosten für acht von zehn ein Geschäftsrisiko. Die Unternehmen reagieren auf den enormen Kostendruck zum Teil mit Einschränkungen ihres Angebots und auch mit stillen Schließungen. Zum Teil wird aber auch durch Prozessoptimierung und Digitalisierung oder durch modulare Speisenangebote versucht, das Umsatz - Kostenverhältnis zu verbessern.

Im Gastgewerbe ist der Investitionssaldo mit -37 Prozentpunkten besonders negativ. Kaum ein Unternehmen gibt an, in den kommenden 12 Monaten mehr investieren zu wollen. 53 % der Unternehmen sehen entweder gar keine Investitionen vor oder solche bis 10.000 €. Damit wird vor allem die Ersatzbeschaffung gewährleistet. Bei vielen gastgewerblichen Unternehmen steht die Übergabe in den kommenden Jahren an. Angesichts der schlechten Stimmung und hoher Unsicherheit über zukünftige Regulierung, beispielsweise energetische Anforderungen an gewerbliche Gebäude, ist es sehr wahrscheinlich, dass in diesen Unternehmen notwendige Ersatzbeschaffung / Modernisierung unterbleibt.

Im Gastgewerbe können aktuell 54 % der Unternehmen ihre offenen Stellen nicht besetzen. Ähnlich wie im Verkehrsgewerbe geben etwa die Hälfte der Unternehmen an, dass sie ihre Fachkraftstellen nicht angemessen besetzen können. Fast drei Viertel der Unternehmen können aber auch Stellen ohne Qualifikationsanforderungen nicht besetzen. Dass gleichzeitig jedes dritte Unternehmen aktuell keinen Personalbedarf hat, wird auf den geringeren Personalbedarf vieler gastgewerblicher Betriebe im Winterhalbjahr zurückzuführen sein.

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage hat sich insgesamt zur Vorumfrage kaum geändert, allerdings fallen die Geschäftserwartungen für die kommenden 12 Monate deutlich schlechter aus. Die Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank regen die Investitionsbereitschaft zwar geringfügig an, aber können das Investitionsklima in der Region nicht durchgreifend verbessern. Die große Unsicherheit und die zahlreichen Geschäftsrisiken halten die Unternehmen zurzeit von größeren Investitionen,

insbesondere von Erweiterungsinvestitionen ab. Besonders nachteilig für das Wachstum in der Region ist, dass die Industrie aktuell als Wachstumstreiber ausfällt. Sie leidet unter einer schlechten Auftragslage im In- und Ausland.

Die Arbeitskosten sind inzwischen zum größten Geschäftsrisiko für die Unternehmen geworden. Die Forderungen der regionalen Wirtschaft setzen hier an.

Die regionale Wirtschaft fordert

- **mehr Netto vom Brutto**
- **Entlastung der Unternehmen von bürokratischen Vorgaben, damit die Arbeitskräfte sich wieder ihren eigentlichen Aufgaben widmen können.**
- **die Stärkung der beruflichen Bildung**
- **Fordern und Fördern wieder in Einklang zu bringen und zur Arbeitsaufnahme anzuregen**
- **weniger gesetzliche Vorgaben bei den Arbeitszeiten**

IHK Neubrandenburg

für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Katharinenstraße 48

17033 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke

Wirtschaft/Arbeit

Tel. 0395 5597-203

Fax 0395 5597-513

E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de

www.neubrandenburg.ihk.de